

Grundvoraussetzung:

Eines vorweg geschickt: Der Tenor der Berichterstattung in der Presse und die Leserbriefe der vergangenen Tage bereiten mir in Bezug auf die Realisierung des Projekts einiges an Sorge!

Denn für mich ist klar und unabdingbar: Das Projekt hat nur dann eine Chance, ist auch von mir nur dann gewollt, wenn die Entscheidungsträger vor Ort, wenn die Menschen in den betroffenen Gemeinden, zu dem vorgeschlagen Projekt stehen, wenn sie es selbst wollen!

Dies gilt für die Menschen in Haurath und Eppenber; dies gilt jedoch genauso für die Verbandsgemeinde Kaisersesch als Planungsträger für den FNP! Ein Gemeinschaftsprojekt macht nur dann Sinn, wenn man es gemeinschaftlich möchte und dahinter steht.

Dies können (und möchten) wir nicht hier von Zell beeinflussen oder gar vorgeben. Von daher ist die Meinungsbildung in den betroffenen Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde Kaisersesch der erste Schritt, der zu machen ist; noch bevor der nächste Konzeptionsschritt gegangen wird.

Doch zur Ausgangslage:

Ausgangslage:

Von allen Landkreisen in Rheinland-Pfalz hat Cochem-Zell mit 77,0 % den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich und mit 18,9 % den niedrigsten im Produktionssektor. Der Landkreis hat einen „Auspendler-Überschuss“ von 4.300 Menschen.

Das hat Auswirkungen: Die Steuereinnahmekraft liegt bei uns im Landkreis bei 767 € pro Einwohner, während sie im Landkreisschnitt bei 928 € liegt. Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer liegt bei 318 € zu 385 €. Auch bei dem Indikator Umsatzsteuer liegen wir mit 33 € zu 37 € im Schnitt der Landkreise hinten.

Die Auswirkungen auf unsere kommunalen Haushalte kennen wir! Was aber auch bedeutet: das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wie auch die Kaufkraft im Landkreis ist unterdurchschnittlich.

Die Sicherung vorhandener und die Entwicklung neuer, guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze ist damit kein Selbstzweck, sondern wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik!

Der Landkreis Cochem-Zell, insbesondere der an der Mosel gelegene Gebietsteil sind ja sehr stark touristisch geprägt. Gastronomie, Hotellerie, ja die ganze Tourismusbranche, können jedoch bei weitem nicht die Wertschöpfung generieren, die der Kreis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Bindung junger Menschen an die Region benötigt.

Es gibt nur wenige vorhandene freie Gewerbeflächen, diese sind überdies kleinteilig strukturiert und oftmals verkehrsmäßig nicht gut angebunden. Die Mehrzahl der großen Betriebe, auf die wir in der Verbandsgemeinde Zell ja hinsichtlich Produktivität, Innovationskraft und Bedeutung für unseren Arbeitsmarkt richtig stolz sein können, haben einen historischen, oftmals familiären Bezug zur Region.

Optimale Lage von Gewerbeflächen und deren Verkehrsanbindung waren sicherlich nicht die Gründe für die Standortauswahl! Damit tun wir uns auch heute schwer, neue Betriebe hier anzusiedeln.

Bedarfsanalyse:

Ausgehend von Forderungen der heimischen Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammer haben sich Landkreis und Verbandsgemeinden genauso wie beim Breitband zusammengetan und bereits im Jahr 2015 eine Standortanalyse in Auftrag gegeben.

Anfang 2017 wurden die Ergebnisse vorgestellt. Die Fakten:

- Es besteht ein Bedarf an zusätzlichen, vermarktungsfähigen, Gewerbeflächen von rund 58 ha im Landkreis.
- 92% der im Landkreis verkauften Flächen der letzten Jahre liegen in Autobahnnähe
- Für eine Großsiedlung gibt es im gesamten Landkreis keine Fläche

Eine kreisweit durchgeführte Unternehmensbefragung belegt den zusätzlichen Flächenbedarf.

Demnach haben bereits jetzt rd. 47% der Bestandsunternehmen am jetzigen Standort keine ausreichenden Erweiterungsmöglichkeiten, sodass bereits 19% über eine Verlagerung des Unternehmens nachdenken. Weiterhin planen 93% der antwortenden Unternehmen mittelfristig eine personelle und/oder flächenmäßige Erweiterung.

Was haben wir auf dem Barl nicht alles möglich gemacht, um dem steigenden Flächenbedarf des Gewerbes gerecht zu werden. Doch da geht nichts größeres mehr – wir sind „hinten gegen“!

Im Ergebnis wurde empfohlen, ein „Interkommunales Gewerbegebiet“ im Umfang von rd. 50 ha in direkter Autobahnnähe sukzessive zu erschließen.

Standortsuche- und Bewertung:

Im zweiten Schritt erfolgte die Standortsuche und –Bewertung. Nachdem letztlich nur noch ein geeigneter Standort für die Realisierung eines „Interkommunalen Gewerbegebietes“ in Betracht kam, wurde dieser hinsichtlich der grundsätzlichen Realisierbarkeit, möglichen Restriktionen sowie Erschließungsvarianten und –kosten bewertet.

Die Ergebnisse wurden Ende Oktober in Cochem und vergangene Woche an dieser Stelle nochmals unseren Ratsmitgliedern und den Ortsbürgermeistern vorgestellt. Ich war angenehm überrascht, auf welche positive Grundstimmung das Projekt an diesem Abend gestoßen ist.

Flächenbetrachtung:

Die vorgestellte Fläche in Eppenberg und Huroth steht im öffentlichen Eigentum, eignet sich sehr gut für die Entwicklung eines größeren Gewerbegebietes und bietet Potenzial von rd. 50 ha.

Sie liegt unmittelbar an der BAB 48 und kann sehr gut unmittelbar und direkt an der Anschlussstelle angebunden werden. Sie könnte in drei Stufen entwickelt werden, teilweise ist sie mit 11 ha bereits im FNP enthalten.

Auf die einzelnen Details hinsichtlich Erschließung und Vermarktung sowie Vergabekriterien will ich jetzt gar nicht eingehen, sie sind in der Vorlage und den Anlagen detailliert beschrieben. Hinsichtlich der Größe hätte sie ein „Alleinstellungsmerkmal“ gegenüber den vorhandenen Gewerbeflächen.

In einer gemeinsamen Vermarktungsstrategie könnten unsere kleineren Flächen angedockt werden und von der Vermarktung des „Interkommunalen Gewerbegebietes“ profitieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass es unseren Gemeinden unbenommen ist, vor Ort – vielleicht auch gemeinschaftlich – bedarfsgerecht eigene Gewerbeflächen zu entwickeln. Die Planungshoheit verbleibt natürlich bei den Gemeinden.

Kosten:

Nun, wir reden heute ja viel über Kosten. Die Gesamtkosten für die Erschließung wurden mit 13,5 Mio. € kalkuliert. Die Kosten für die Erschließung des 1. Bauabschnittes betragen voraussichtlich rd. 4,3 Mio. €. Das setzt Grenzen und ist allein durch eine Ortsgemeinde nicht zu schultern.

Einschätzung Land Rheinland-Pfalz:

In Gesprächen mit dem Land wurde uns Unterstützung bei Finanzierung und Vermarktung gesichert.

Nach Einschätzung der Landesregierung ist der vorliegende Konzeptansatz zielführend und die interkommunale Zusammenarbeit wichtig. Das Land konzentriert die begrenzten Fördermittel vorrangig auf große und interessante Flächen.

Nach dortiger Einschätzung existiert auch weiterhin ein hoher Flächenbedarf. Dabei sind die Bestandsflächen teilweise nicht mehr wettbewerbsfähig und neue, größere Flächen erforderlich.

Konzept:

Nun, wie kann eine mögliche interkommunale Zusammenarbeit bei einem solchen Gewerbe- und Industriepark ausschauen?

Bewährt, sowohl bei Gewerbeparks wie dem Industriepark Föhren und Anderen, wie auch bei uns in der Verbandsgemeinde bei unseren natürlich kleineren, Projekten der interkommunalen Zusammenarbeit, hat sich das Rechtsinstitut des Zweckverbandes.

Da haben wir eigentlich sehr gute Erfahrungen. Wie der Zweckverband ausschauen kann, wer Mitglied wird, Finanzierungs- und Stimmanteile und viele weitere, muss gründlich untersucht werden!

Das kann man auch nicht aus dem Ärmel schütteln, dazu hängt da viel zu viel dran. Da braucht man juristische und wirtschaftliche Kompetenz an der Seite!

Nächste Schritte:

Heute geht es darum, grundsätzlich JA zu sagen zu diesem Projekt und den nächsten Schritt zu gehen. Es geht um die weitere Untersuchung des Standortes, die Entwicklung von Organisations- und Finanzierungsdetails sowie Zieldefinitionen.

Dies wird uns neben den bisher investierten rund 13.000 € weitere 6.500 € kosten. An dessen Ende müssen wir uns dann auf der Grundlage eines konkreten Organisations- und Finanzierungsmodells weiter entscheiden, ob wir dann tatsächlich mitmachen.

Standortkommunen

Wichtig, ganz wichtig, ja unabdingbar, ist natürlich, wie ich bereits zu Beginn ausgeführt habe, die Akzeptanz und die Unterstützung vor Ort.

Wenn man dort nicht mitgeht, sollten wir die Finger davonlassen. Ohne die Ortsgemeinden Eppenberg und Hauroth geht gar nichts und ohne die Verbandsgemeinde Kaisersesch als Träger der Flächennutzungsplanung ebenso.

Das Modell „Zweckverband“ lässt es zu, dass sich die Partner je nach Interessenlage unterschiedlich stark einbringen, d.h. auch an der Finanzierung beteiligen.

Letztendlich können jedoch alle Kommunen von Projekt profitieren, mittelbar oder auch unmittelbar. Unmittelbare Erträge für den Zweckverband oder höhere Umlagegrundlagen für die Kreisumlage (vielleicht auch mal einen Punkt niedriger)!

Wichtiger noch sind mir jedoch qualifizierte Arbeitsplätze für unsere Menschen in der Region. Jeder gute Arbeitsplatz mehr bei uns ist gut für die Menschen und unser Ziel, junge Menschen hier in der Region zu halten.

Und je breiter unsere Wirtschaft aufgestellt ist neben dem Tourismus, desto weniger sind wir anfällig für Krisen in diesem Sektor.

Wenn uns das Projekt gelingt und wir dort gute Betriebe mit guten Arbeitsplätzen ansiedeln können, ist dies ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit unserer Region.

Hilfreich ist sicherlich, dass der Landkreis Cochem-Zell als einziger Landkreis im nördlichen Rheinland-Pfalz in einem Fördergebiet liegt. Hier können förderfähige Kleinunternehmen können mit 20% und mittlere Unternehmen mit 10% im Falle einer Ansiedlung bezuschusst werden. Dies verschafft uns einen kleinen Vorteil! Eine Garantie gibt uns heute jedoch keiner. Das muss ich natürlich auch betonen.

Heute geht es darum, nochmals 6.500 € in die Projektentwicklung zu stecken. Auch dies sollte erst dann beauftragt werden, wenn die angesprochene Akzeptanz vor Ort erklärt ist.

Abschließend möchte ich auch auf das Bürger-Info-Portal zu diesem Projekt im Internet hinweisen. Dieses ist über die website des Landkreises zu erreichen. Hier sind alle vorhandenen Informationen eingestellt, hier können Fragen gestellt werden und die Antworten auf bislang gestellte Fragen sind dort ebenfalls aufgelistet.

Ich stelle damit den Beratungsgegenstand zur Diskussion.